

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

16. WP - 96. Sitzung

am Donnerstag, dem 10. Juli 2008, 10 Uhr,  
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

i. V. von Peter Sönnichsen

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Entschuldigte Abgeordnete**

Hans-Jörn Arp (CDU)

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Zentrale E-Government-Strategie des Landes Schleswig-Holstein 2008 bis 2009</b>	<b>5</b>
Vorlagen des Finanzministeriums Umdruck 16/3265 und 16/3302	
Vorlage des Landesrechnungshofs Umdruck 16/3295	
<b>2. HSH Nordbank Kapitalmaßnahmen</b>	<b>7</b>
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/3291	
<b>3. Verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung</b>	<b>10</b>
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1893	
<b>4. Keitum Therme Sylt-Ost</b>	<b>11</b>
Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr interner Umdruck 16/3149	
<b>5. Einzelbetriebliche Investitionsförderung des Landes im Jahr 2007</b>	<b>12</b>
Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Umdruck 16/3170	

- 6. Schleswig-Holstein-Fonds; Freigabe der gemäß Haushaltsvermerk bei Titel 1111 - 893 01 gesperrten Mittel** **13**
- Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr  
Umdruck 16/3301
- 7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein** **14**
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/1936
- 8. Verkauf von Flächen** **15**
- Vorlage des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume  
Umdruck 16/3289
- 9. Information/Kenntnisnahme** **16**
- Umdruck 16/3187 - Vorlage der Unterlagen zur Haushaltsrechnung durch die Ressorts  
Umdruck 16/3207 - Verkauf von Forderungen durch die Sparkasse Südholstein  
Umdruck 16/3208 - Verein „Vorläuferorganisation Deutschland Online Infrastruktur“  
Umdruck 16/3209 - Personalbestand in der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit  
Umdruck 16/3253 - Ausbau der A 7  
Umdruck 16/3254 - ÖPP-Projekt Erneuerung und Erhaltung der Landesstraße L 192  
Umdruck 16/3264 - Investitionsbedarf an Gemeinschaftsschulen  
Umdruck 16/3266 - Laufbahnverlaufsmodele/Werdegangsmodele in der Steuerverwaltung  
Umdruck 16/3267 - Erfassung und Fortschreibung des Grundvermögens des Landes  
Umdruck 16/3268 - Wirtschaftsführung der GMSH  
Umdruck 16/3287 - Auflösung der globalen Minderausgaben 2008  
Umdruck 16/3288 - Beratungsgesellschaft Partnerschaften Deutschland AG  
Umdruck 16/3289 - Verkauf von Flächen  
interner Umdruck 16/3292 - Zwischenbericht KLR in der Landesverwaltung

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Zentrale E-Government-Strategie des Landes Schleswig-Holstein 2008 bis 2009**

Vorlagen des Finanzministeriums  
Umdruck 16/3265 und 16/3302

Vorlage des Landesrechnungshofs  
Umdruck 16/3295

St Schlie stellt kurz die zentrale E-Government-Strategie des Landes vor, Umdruck 16/3265.

Auf eine Frage von Abg. Herdejürgen teilt AL Dr. Schliesky mit, das Land habe sich mit den vier kommunalen Landesverbänden darauf geeinigt, auf eine einheitliche Infrastruktur sowie gemeinsame Basiskomponenten, interoperable Verfahren und Standardisierungen zu setzen, um für alle Seiten zu einer wirtschaftlich optimalen Lösung zu kommen.

Eine Frage von Abg. Kubicki beantwortet St Schlie dahin, Verwaltungshandeln auch IT-mäßig zu konzentrieren und dadurch ebenenübergreifend zu Kosteneinsparungen zu kommen, sei ein selbstverständlicher und notwendiger Prozess, der zu Erleichterungen für die Bürger und die Wirtschaft und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte führen solle.

Abg. Spoorendonk vermisst allgemein verständliche, konkrete Aussagen darüber, wann welche elektronischen Verwaltungsverfahren tatsächlich eingeführt würden.

Das Angebot von St Schlie nimmt der Finanzausschuss an, ihn jährlich über die vielfältigen E-Government-Projekte zu unterrichten.

P Dr. Altmann betont, E-Government dürfe kein Selbstzweck sein und sei kein Selbstläufer. In diesem Bereich habe es überzogene Erwartungen gegeben. Man müsse geduldig an dieser Baustelle arbeiten und Windfall Profits erzielen.

Der Finanzausschuss nimmt die Vorlage der Landesregierung Umdruck 16/3265 zur Kenntnis und erwartet eine jährliche Berichterstattung über den Stand des E-Government in der öffentlichen Verwaltung. Außerdem bittet er die Landesregierung, ihm die Erkenntnisse über die Implementierung des E-Government in anderen Ländern der Europäischen Union darzustellen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **HSH Nordbank Kapitalmaßnahmen**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 16/3291

Herr Berger, Vorstandsvorsitzender der HSH Nordbank, führt aus, die HSH Nordbank habe infolge der internationalen Finanzmarktkrise, die seit einem Jahr andauere und bis weit ins Jahr 2009 hineinstrahlen dürfte, im Jahr 2007 Abschreibungen (Bewertungsverluste) in Höhe von 1,3 Milliarden € und im ersten Quartal 2008 in Höhe von 190 Millionen € gehabt. Dennoch habe man im Jahr 2007 einen Überschuss von 285 Millionen € und im ersten Quartal 2008 von 81 Millionen € erwirtschaftet. Man gehe davon aus, dass die Bank unter Berücksichtigung der beabsichtigten Kapitalmaßnahmen das Jahr 2008 mit einem Überschuss von gut 400 Millionen € abschließen werde, der als Vorsorgeposition Abschreibungen von 350 Millionen € beinhalte. Nachdem der Börsengang aus Marktgründen verschoben worden sei, ziehe man die Kapitalmaßnahmen jetzt vor, die mit der Kapitalmarktkrise nichts zu tun hätten, sondern die seit der Fusion bestehende Unterkapitalisierung der Bank beseitigen und der Bank zusätzliches Kapital als Voraussetzung für weiteres Wachstum ermöglichen sollten.

Abg. Kubicki wirft die Frage auf, inwieweit die jetzt vorgenommene Kapitalerhöhung ausreichend sei und wann eine weitere Kapitalerhöhung erforderlich werde.

Nach den Worten von Herrn Berger geht es neben den Kapitalmaßnahmen der Eigentümer darum, dass die Bank ihre Möglichkeiten nutze, internes Kapital freizusetzen.

Sodann führt M Wiegard in die Vorlage Umdruck 16/3291 ein. Auf eine Frage von Abg. Kubicki versichert er, durch die Überführung aller Aktiva und Passiva der GVB auf das Land entstünden für das Land keine finanziellen Nachteile. An der Haftung des Landes ändere sich nichts, die Transparenz erhöhe sich. Er sagt zu, die Finanzströme zwischen Land, GVB und HSH Nordbank näher zu erläutern und dem Finanzausschuss den endgültigen Jahresbericht der GVB zuzuleiten.

Auf eine Frage von Abg. Kubicki teilt Herr Berger mit, nach zwei Gesprächsrunden mit der EU-Kommission auf Arbeitsebene und den jetzigen Erkenntnissen gebe es keine Anzeichen dafür, dass die EU-Kommission einen Beihilfetatbestand geltend machen werde.

P Dr. Altmann führt aus, der Landesrechnungshof habe den Schritt der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg, im Jahre 2003 ihre Landesbanken zu fusionieren, begrüßt. Dies schließe auch die Umwandlung der Rechtsform von der Anstalt des öffentlichen Rechts zu einer privat-rechtlichen Aktiengesellschaft ein. Insoweit hätten die Länder den Anpassungsbedarf ihrer Landesbanken innerhalb des deutschen Bankensystems frühzeitig erkannt und in diesem Sinne auch die Weichen gestellt. Dieser Prozess bedürfe allerdings der laufenden Unterstützung durch die Aktionäre der Bank, um die Kapitalmarktfähigkeit der HSH Nordbank AG zu unterstützen. Die bereits durchgeführten Kapitalmaßnahmen in der Vergangenheit sowie die weiteren in der aktuellen Vorlage dargestellten Maßnahmen seien erforderlich, um die Wachstumsplanungen der Bank abzusichern. Damit seien die Aktionäre und anteilsmäßig insbesondere das Land Schleswig-Holstein in Vorleistungen getreten. Nun gelte es für den Vorstand, die positive Weiterentwicklung der Bank aktiv zu gestalten. Neben vielen Wolken seien inzwischen kräftige Gewitter am Finanzmarkthimmel aufgezogen, die regional unterschiedlich auf einzelne Bundesländer, auch auf den Norden, niedergegangen seien. Bekanntlich seien langfristige Prognosen nicht möglich. Auch in der zweiten Jahreshälfte 2008 würden wohl weitere Wertkorrekturen erforderlich werden. Es sei unabdingbar, dass mit dem zugeführten Kapital im Hinblick auf wachstumsträchtiges Neugeschäft sehr sorgfältig umgegangen werde. Wenn er im „Handelsblatt“ lese, dass die Mittel nach heutigem Stand nur bis 2010 reichen sollten, erhebe sich die Frage, ob das Land dann wieder in Vorleistung treten müsse. Für den Landeshaushalt lasse sich daraus ableiten, dass in einem überschaubaren Zeitraum noch erhebliche Anstrengungen zu unternehmen seien, den Gesamtschuldenstand aus den Transaktionen in Höhe von rund 1.043 Millionen € abzubauen. Dabei spiele es wirtschaftlich keine Rolle, ob es noch Schulden der GVB oder schon Schulden des Landes seien.

Der Hinweis, dass durch erhöhte Dividendenzahlungen die Aktionäre durch die Umwandlung der stillen Einlagen in Stammkapital nicht schlechter gestellt werden sollten, sei nur auf den ersten Blick beruhigend. Überschüsse seien auch zur Kapitalthesaurierung zu verwenden. Es bleibe die Frage zu beantworten: Was beabsichtigen die Aktionäre zu tun, wenn im Jahre 2010 festgestellt wird, dass das Marktumfeld für einen Börsengang noch immer nicht geeignet erscheint? Der Sachverständigenrat habe in seiner jüngsten Expertise zum deutschen Finanzsystem ausgeführt (Tz. 258): „Gerade das Beispiel der Landesbanken zeigt zudem, dass die Länder als Miteigentümer des Öfteren einen standortpolitisch motivierten, aber betriebswirtschaftlich unvorteilhaften Einfluss auf die Geschäftspolitik genommen und so beispielsweise Fusionsbemühungen verhindert haben.“

Der Landesrechnungshof fordere die Landesregierung auf, die Haushaltssanierung ohne Tabubereiche voranzutreiben. Diese Aussage gelte auch für die Landesgesellschaften einschließlich der HSH Nordbank. Wenn Fusionen oder auch Übernahmen nachhaltig Geschäftsmodelle

stärken könnten, müsste auch ein eventuell damit verbundener Arbeitsplatzabbau akzeptiert werden.

Herr Berger bekräftigt noch einmal die Zielsetzung, bis 2010 den angestrebten Börsengang zu vollziehen. Nach dem jetzigen Stand gehe er davon aus, dass die geplante Kapitalverbesserung in Höhe von insgesamt 2 Milliarden € unter Berücksichtigung dessen, was die Bank leisten werde, ausreichend sei. Der Standort Kiel, an dem man in den vergangenen Jahren keinen Arbeitsplatzabbau vorgenommen habe, werde im Eigentümerkreis nicht infrage gestellt. Ebenso wenig beabsichtigt sei eine Fusion mit anderen Landesbanken.

Abg. Astrup kritisiert die Einlassung des Rechnungshofspräsidenten zum Personalabbau und betont die Bedeutung des Standorts Kiel mit seinen hochqualifizierten Arbeitsplätzen.

Abg. Kubicki sieht sich in seiner Einschätzung bestätigt, dass die Kapitalausstattung der Bank ausreichend, aber nicht gut sei, sodass weitere Maßnahmen nicht unwahrscheinlich seien.

Die Abgeordneten Heinold und Spoorendonk betonen die regionalpolitische Bedeutung der HSH Nordbank und insbesondere des Standortes Kiel und stimmen den Kapitalmaßnahmen daher zu. Der Finanzausschuss unterstützt sie in der Forderung, über Änderungen und negative Entwicklungen, zum Beispiel eine Erhöhung der Abschreibungen, zeitnah aus erster Hand informiert zu werden, um das Vertrauen in die Bank zu erhalten.

Abg. Sauter hält es für angezeigt, als Eigentümer nicht die Risiken überzubetonen, sondern die Entwicklung der Bank, die trotz schwieriger Rahmenbedingungen positive Jahresergebnisse erziele, mit Zuversicht zu begleiten.

Abg. Kubicki erklärt, er werde sich bei der Abstimmung über die Kapitalmaßnahmen der Stimme enthalten. Ihm fehle nach wie vor eine strategische Aussage des Anteilseigners Landesregierung.

M Wiegard zeigt noch einmal die Entwicklung der ehemaligen Landesbank zur heutigen Aktiengesellschaft auf. Ziel sei, den Anteil des privaten Kapitals zu erhöhen und den Anteil des öffentlichen Kapitals von derzeit 74 % auf nahe 50 % zu reduzieren.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP stimmt der Finanzausschuss dem Beschlussvorschlag auf Seite B des in Umdrucks 16/3291 zu.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1893

(überwiesen am 28. Mai 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den  
Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/3231, 16/3235, 16/3244, 16/3245, 16/3249, 16/3311,  
16/3316, 16/3317

- Verfahrensfragen -

Zum Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung**, Drucksache 16/1893, beschließt der Finanzausschuss, kein Votum abzugeben, sondern die Beschlussfassung dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss zu überlassen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Keitum Therme Sylt-Ost**

Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr  
interner Umdruck 16/3149

St Wiedemann teilt mit, dass der Rohbau nach wie vor nicht fertiggestellt sei. Man werde die weitere Entwicklung abwarten und die zur Förderung des Freibades und des Tourismusinformationszentrums bereits geflossenen Landesmittel notfalls zurückfordern.

Abg. Heinold warnt das Land abermals davor, Bau, Sanierung oder Modernisierung von Bädern ohne eine mit den Kommunen abgestimmte Gesamtkonzeption und ungeachtet der Folgekosten zu fördern.

Abg. Kubicki hinterfragt die Aktualität der Wirtschaftlichkeitsberechnung der Therme und damit die Grundlage der Förderung.

St Wiedemann bestätigt, dass die Aussagen der Machbarkeitsstudie nicht mehr gälten. Man werde die Situation erneut prüfen und einstweilen keine weiteren Zahlungen mehr leisten.

Der Finanzausschuss erwartet von der Landesregierung, über den Stand des Projekts informiert zu werden, bevor das Land weitere Zahlungen leistet.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Einzelbetriebliche Investitionsförderung des Landes im Jahr 2007**

Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr  
Umdruck 16/3170

Abg. Herdejürgen zieht in Zweifel, dass die Landesregierung tatsächlich in jedem Fall überprüfen könne, ob ein Arbeitsplatz nur durch die öffentliche Förderung gesichert oder geschaffen worden sei, und unterstellt in vielen Fällen Mitnahmeeffekte.

St Wiedemann macht darauf aufmerksam, dass man sich hinsichtlich der Sinnhaftigkeit der Förderung den bundesweiten Kriterien anschließen, und räumt ein, dass man Mitnahmeeffekte nicht ausschließen könne.

Abg. Heinold problematisiert Mitnahmeeffekte bei der Hotelförderung und bittet das Wirtschaftsministerium darum, im nächsten Bericht neben der geförderten Firma die Branche zu nennen.

Auch Abg. Sauter legt Wert darauf, Mitnahmeeffekte so weit wie möglich auszuschließen.

Nach den Worten von St Wiedemann geht es darum, die Hotelinfrastruktur vor allem an den Urlaubsorten zu verbessern. Man habe festgestellt, dass in Schleswig-Holstein ein Defizit an 3- und 4-Sterne-Hotels bestehe.

Auf Fragen des Vorsitzenden begründet Herr Behmenburg die unterschiedlichen Fördersätze mit Faktoren wie Unternehmensgröße, Arbeitsplatzeffekt und sonstige strukturpolitische Effekte. Die Arbeitsplatzeffekte würden laufend durch die Investitionsbank überprüft.

Der Finanzausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis und erwartet, dass ihm das Wirtschaftsministerium im nächsten Jahr einen entsprechenden Bericht über die einzelbetriebliche Investitionsförderung des Landes im Jahr 2008 vorlegt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Schleswig-Holstein-Fonds;  
Freigabe der gemäß Haushaltsvermerk bei Titel 1111 - 893 01 gesperrten  
Mittel**

Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr  
Umdruck 16/3301

Abg. Herdejürgen bittet das Wirtschaftsministerium zu erläutern, inwiefern die Regionalisierungsmittel 2008 auskömmlich seien beziehungsweise durch welche Veränderungen und Verschiebungen sie innerhalb der Maßnahmegruppe 02 aufgefangen werden könnten.

Der Finanzausschuss vertagt die Beschlussfassung über diesen Punkt auf die nächste Sitzung am 16. Juli 2008.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/1936

(überwiesen am 25. April 2008 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/3061, 16/3075, 16/3205, 16/3221

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP empfiehlt der Finanzausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein, Drucksache 16/1936, in der Fassung des Umdrucks 16/3075 anzunehmen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Verkauf von Flächen**

Vorlage des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume  
Umdruck 16/3289

Einstimmig stimmt der Finanzausschuss dem von der Landesregierung begehrten Flächenverkauf, Umdruck 16/3289, zu.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

- Umdruck 16/3187 - Vorlage der Unterlagen zur Haushaltsrechnung durch die Ressorts
- Umdruck 16/3207 - Verkauf von Forderungen durch die Sparkasse Südholstein
- Umdruck 16/3208 - Verein „Vorläuferorganisation Deutschland Online Infrastruktur“
- Umdruck 16/3209 - Personalbestand in der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit
- Umdruck 16/3253 - Ausbau der A 7
- Umdruck 16/3254 - ÖPP-Projekt Erneuerung und Erhaltung der Landesstraße L 192
- Umdruck 16/3264 - Investitionsbedarf an Gemeinschaftsschulen
- Umdruck 16/3266 - Laufbahnverlaufsmo-delle/Werdegangsmo-delle in der Steuerverwaltung
- Umdruck 16/3267 - Erfassung und Fortschreibung des Grundvermögens des Landes
- Umdruck 16/3268 - Wirtschaftsführung der GMSH
- Umdruck 16/3287 - Auflösung der globalen Minderausgaben 2008
- Umdruck 16/3288 - Beratungsgesellschaft Partnerschaften Deutschland AG
- interner Umdruck 16/3292 - Zwischenbericht KLR in der Landesverwaltung

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Bei Umdruck 16/3209 - Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zum Verein „Vorläuferorganisation Deutschland Online Infrastruktur“ - kritisiert der Vorsitzende, dass der Finanzausschuss erst jetzt informiert werde, obwohl der Beitritt bereits Mitte Mai geschlossen worden sei.

Abg. Heinold nimmt Umdruck 16/3264 - Deckung des Investitionsbedarfs an **Gemeinschaftsschulen** - zum Anlass, die Landesregierung zu bitten, den Finanzausschuss darüber zu unterrichten, welcher Investitionsbedarf vonseiten der Kommunen für die Errichtung von Gemeinschaftsschulen gesehen werde. - Der Ausschuss wird das Thema im September auf die Tagesordnung setzen.

St Dr. Wulff nimmt die Kritik des Finanzausschuss an Umdruck 16/3268 - Wirtschaftsführung der GMSH - dahin auf, künftig vor der Entscheidung der Landesregierung über Reformvorhaben eine Zusage des betreffenden Ressorts einzuholen, die mit der Reform verbundenen Ressourceneinsparungen konkret zu benennen und zu realisieren.

Bei Umdruck 16/3287 kritisiert VP Dopp, dass die **globale Minderausgabe** in den Einzelplänen 03 und 07 durch den Rückgriff auf Rücklagen erwirtschaftet werde.

St Dr. Wulff weist drauf hin, dass die Summe der Rücklagen der Ressorts im nächsten Doppelhaushalt deutlich zurückgeführt werde.

Der Finanzausschuss wird die Vorlage auf die Tagesordnung der Sitzung am 4. September 2008 setzen.

Auf Fragen der Abg. Heinold und Astrup zu Umdruck 16/3288 erwidert P Dr. Altmann, der Rechnungshof habe keine Einwände gegen den Beitritt des Landes zur Rahmenvereinbarung der Beratungsgesellschaft Partnerschaften Deutschland AG, da er mit keinen Kosten für das Land verbunden sei.

St Dr. Wulff sieht den Mehrwert für das Land Schleswig-Holstein insbesondere bei der Beratung großer Bauvorhaben, wie zum Beispiel eines Erweiterungsbaus IFM-GEOMAR.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 13:10 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer